

Bündnis 90 / Die Grünen
Ortsverband „Gräfenberger Oberland“
c/o Matthias Striebich
Michelsberg 8
91322 Gräfenberg

24.05.2021

Pressemitteilung 03/2021

Gräfenberger Grüne begrüßen Aktivität des BUND Naturschutz in Bayern e.V. zur geplanten Steinbruch-Verfüllung

Gräfenberg. – Die Gräfenberger Grünen haben es begrüßt, dass der BUND Naturschutz in Bayern e.V. (BN), Kreisgruppe Forchheim, in der Angelegenheit der geplanten Steinbruch-Verfüllung aktiv geworden ist. Der BN hat, vertreten durch den Vorsitzenden Herrn Dr. Ulrich Buchholz, mit Unterstützung durch eine renommierte Rechtsanwaltskanzlei Akteneinsicht gefordert. Aus Sicht der der Rechtsanwaltskanzlei gibt es „eindeutige Hinweise, welche für die Notwendigkeit einer neuen UVP (Umweltverträglichkeitsprüfung) sprechen“.

Stadtrat Matthias Striebich betont: „Wir freuen uns sehr über diese Unterstützung für die Interessen der Stadt Gräfenberg, unter anderem für den Schutz der Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger und des Wassers in Gräfenberg und Umgebung.“ Gleichzeitig finden die Grünen es angesichts dieser erfreulichen Aktivität seitens des BN umso bedauerlicher, dass die von ihnen im Januar 2021 vorgeschlagene deutliche Forderung nach einer UVP keine Mehrheit im Stadtrat gefunden hat, sondern lediglich beschlossen wurde, das Landratsamt Forchheim möge doch die UVP-Pflicht „prüfen“. Striebich fügt hinzu: „Wie aus der Stellungnahme der Rechtsanwaltskanzlei hervorgeht, ist die Auffassung, dass eine UVP-Pflicht besteht, durchaus nicht abwegig und hätte daher auch vom Stadtrat mit mehr Nachdruck betont werden können. Wir hoffen, dass die Stadtratsmehrheit wenigstens künftig den BN und seine Aktivität im Interesse der Stadt Gräfenberg unterstützt.“

Die Grünen gehen davon aus, dass die Kosten für die Tätigkeit der Rechtsanwaltskanzlei sowie ggf. Gutachten, etc. bald eine fünfstellige Größe erreichen. Finanziert werden die Aktivitäten des BN zu 50 Prozent aus Ortsgruppe Gräfenberg des BN, d.h. Gräfenberger Bürgerinnen und Bürger beteiligen sich im Interesse der gesamten Stadt aus privater Tasche an den Rechtsanwaltskosten und die anderen 50 Prozent kommen von der Kreisgruppe des BN und damit aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen von Menschen, denen die Wasserreinheit in Gräfenberg eigentlich ziemlich egal sein könnte. „Im Stadtrat fand sich dagegen vor ein paar Wochen keine Mehrheit, finanzielle Mittel für diese Angelegenheit bereit zu stellen. Das – auch finanzielle – Engagement des BN sollte der Stadtratsmehrheit zu denken geben!“ sagt Reinhard Fischer als Mitglied der Gräfenberger Grünen.

Rückfragen an Matthias Striebich, 09192/6799